

Annette Widmann-Mauz MdB

PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



Europa unwiderruflich auf dem Weg zur Stabilitätsunion -Regierungserklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rates



Liebe Leserinnen und Leser,

Bundeskanzlerin Angela Merkel erläuterte an diesem Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag die Beschlüsse des EU-Gipfels, der weitreichende vertragliche Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa beschlossen hatte.

Europa ist nach unwiderruflich auf dem Weg zu einer Stabilitätsunion. Bis März 2012 soll ein zwischenstaatlicher Vertrag ausgearbeitet sein, mit dem die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, die in die Schuldenkrise geführt haben. Eine Änderung der EU-Verträge wäre besser gewesen, doch sei diese an dem Veto Großbritanniens gescheitert. Mit den Gipfelbeschlüssen ist der Weg zu einer Stabilitätsunion noch lange nicht abgeschlossen. „Der Weg „wurde eingeschlagen, und wie ich glaube, unwiderruflich“, so Bundeskanzlerin Merkel.

Dies sei noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen. Wir reden nicht mehr nur über eine Fiskalunion, sondern wir haben angefangen, sie zu schaffen. Diese Fiskalunion beruht auf drei Säulen: der nationalen Eigenverantwortung, der Solidarität der europäischen Partner und der Vorsorge für die Zukunft, mit der neues Vertrauen in die Haushaltsdisziplin der Euro-Zone geschaffen wird.

Zu den Beschlüssen des Gipfels gehören die Einführung von Schuldenbremsen in den Euro-Mitgliedsländern sowie automatische Sanktionen bei der Verletzung der Defizit- und Schuldenkriterien. Merkel äußerte Bedauern darüber, dass Großbritannien die Beschlüsse des Gipfels nicht mittragen wollte. Es steht außer Zweifel, dass Großbritannien auch in Zukunft ein wichtiger Partner in der EU sein wird- etwa wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit der EU, den Binnenmarkt, den Handel und den Klimaschutz geht. Großbritannien hat außerdem ein eigenes vitales Interesse daran, dass die Euro-Zone ihre Schuldenkrise überwindet. Der britische Premierminister David Cameron hatte unter anderem im Gegenzug für seine Zustimmung zu einer Änderung der EU-Verträge verlangt, dass sein Land von den Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte ausgenommen werde.

Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat diese Haltung in der Aussprache im Bundestag scharf kritisiert. „Die Stabilität des Euro mit noch wilder ausufernden Finanzmärkten zu erkaufen, ist so, als hätte man den Bock zum Gärtner gemacht“, so Kauder.. Nun wäre es notwendig, den Briten zu sagen: „Ihr habt eine Verantwortung für Europa, also berappelt Euch und macht mit.“ so der Fraktionsvorsitzende weiter. Kauder erinnerte daran, dass es bei der Euro-Rettung um die Zukunftschancen von Hunderten Millionen Menschen in Europa gehe.

Die Staatsschuldenkrise nicht über Nacht zu lösen. Den einen Befreiungsschlag gibt es nicht. In diesem Zusammenhang zeigte sich die Bundeskanzlerin froh, dass der Gipfel auch nicht die Einführung von Euro-Bonds beschlossen hat, die eine gesamtschuldnerische Haftung der Euro-Mitgliedstaaten bedeuten würde. Dies wäre eine schnelle Lösung, die aber nicht an die Wurzel des Problems gehe, betonte sie an die Adresse der Opposition gerichtet. Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion Norbert Barthle, bezeichnete die Euro-Bonds als „Schuldensozialismus“. Er zeigte sich erleichtert, dass die Euro-Zone nicht zur Transferunion verkomme und dass auch die Geldschleusen der Europäischen Zentralbank nicht geöffnet worden seien. „Dies sei ein Verdienst der Verhandlungsführung der Bundesregierung.“ Die Verwirklichung der Stabilitätsunion ist laut Merkel ein jahrelanger Prozess, der auch in Zukunft von Rückschlägen begleitet werde. „Wir wollen die Wende zum Guten schaffen“, sagte sie. Jedes EU-Land, das noch nicht Mitglied der Euro-Zone sei, könne sich dem neuen Vertrag anschließen. So bald wie möglich wird man versuchen, diesen zwischenstaatlichen Vertrag in europäisches Recht zu überführen.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest, viel Glück und Erfolg für das Jahr 2012 !

Ihre

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus dem Parlament



NPD Verbot

Mit dem Antrag **Wehrhafte Demokratie stärken** begrüßen wir die von Bund und Ländern getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Eine Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder wird die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verfahren zum Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht klären. Desweiteren prüft eine Bund-Länder-Kommission aus vier Experten, wie zukünftig verhindert werden kann, dass eine Terrorgruppe über Jahre unerkannt schwerste Straftaten begeht.

Wir begrüßen, dass die Aufklärung zusätzlich durch einen Sachverständigen nach § 7 PKGrG unterstützt wird, der dem parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages berichtet.

Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen, als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen.

Fachkräftegewinnung

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung im Bund und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften** werden Instrumente eingeführt, die die Gewinnung von Fachkräften auf Bundesebene erleichtern sollen.

So wird etwa ein Personalgewinnungszuschlag für den Fall eingeführt, dass ein Dienstposten nicht anforderungsgerecht besetzt werden kann. Auch wird die Attraktivität des ärztlichen Dienstes in den Bundes-

wehrkrankenhäusern durch Verbesserung der Vergütung von Rufbereitschaft und Bereitschaftsdienst gesteigert.



Flüchtlingslager in Griechenland

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **Menschenwürde ist nicht verhandelbar - Bedingungen in griechischen Flüchtlingslagern sofort verbessern** problematisiert die Lage in den Auffanglagern in Griechenland und weist auf die mehrfache Verurteilung Griechenlands vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen der Umstände in den Lagern hin.

Die griechische Regierung und das griechische Parlament werden u.a. aufgefordert, die menschenunwürdigen Bedingungen in den griechischen Auffanglagern sofort zu beenden und die bereitstehenden Mittel aus den EU-Flüchtlingsfonds abzurufen, um die Situation schnellstmöglich zu verbessern.

Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, auf eine schnelle Verbesserung hinzuwirken, sowie Rücküberstellungen nach der Dublin-II-Verordnung nach Griechenland auch nach Januar 2012 auszusetzen, bis sich die Zustände erkennbar verbessert haben.

Luftverkehrsgesetz

Mit dem in erster Lesung zur Beratung anstehenden **Vierzehnten Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes** wird die EU-Richtlinie über Flughafenentgelte umgesetzt und eine weitergehende Regelung des Verfahrens zur Genehmigung von Flughafenentgelten festgeschrieben.

In der Entgeltordnung von Verkehrsflughäfen ist zwingend eine Differenzierung nach Lärmschutz Gesichtspunkten vorzunehmen; darüber hinaus soll bei Verkehrsflughäfen eine Differenzierung nach Schadstoffemissionen erfolgen.

Das Gesetz enthält erstmalig Regelungen über (zivile) „unbemannte Luftfahrtsysteme“ („Drohnen“).



UNESCO-Konvention

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Ratifizierung der UNESCO-Konvention zum immateriellen Kulturerbe vorantreiben** wird die Bundesregierung aufgefordert den Ratifizierungsprozess dieser Konvention zügig in Gang zu setzen. Unter immateriellem Kulturerbe werden Bräuche, Praktiken, Techniken, Ausdrucksformen und Fähigkeiten verstanden. Diese UNESCO-Konvention ist damit das Pendant zu den Welt'erbestätten, die materiell greifbar sind.

Gerade „körperlose“ Kulturgüter bedürfen eines besonderen Schutzes, dasie vergänglicher sind als stoffliche Monumente.

Annette Widmann-Mauz MdB

Die politische Lage in Deutschland



Durban war ein großer Erfolg für den Klimaschutz.

Was lange währt, wird endlich gut. Dies gilt auch für die Weltklimakonferenz in Durban. Hier wurde nach einem wahren Verhandlungsmarathon der Weg zu einem rechtsverbindlichen Klimaschutzabkommen zwischen allen Staaten dieser Erde – erstmals ohne Ausnahme – geebnet:

Bis zum Jahr 2015 wird ein neues Abkommen ausverhandelt, das im Jahr 2020 wirksam werden soll. Auch die USA und China wollen verbindliche Ziele zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen mittragen.

Dies gelang durch ein Bündnis zwischen EU, den am schwächsten entwickelten Staaten und kleinen Inselstaaten. Weiterhin soll es einen Aktionsplan für mehr Klimaschutz

um bis zum Abschluss eines rechtsverbindlichen Abkommens die CO₂-Minderungsmaßnahmen der Staaten zu erhöhen.



COP17/CMP7
UNITED NATIONS
 CLIMATE CHANGE CONFERENCE 2011
DURBAN, SOUTH AFRICA

Auch die Arbeitsfähigkeit des internationalen Klima-fonds zur Finanzierung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern wurde in Durban beschlossen. Zu dem in Durban vereinbarten Paket gehört außerdem die Schaffung von Strukturen für ein Komitee zur Klimaanpassung und ein internationales Netzwerk für Technologiekooperation.

Das Momentum von Durban muss jetzt genutzt werden, damit bis 2015 ein umfassendes Klimaschutzabkommen mit klaren, weltweit geltenden Reduktionszielen steht.

Afghanistan – Übergabe in Verantwortung erfolgreich umsetzen

In dieser Woche wollen wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) beraten und dabei die Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten senken.

Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form an. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und des Übergabeprozesses wollen wir die tatsächliche Truppenstärke im Verlauf des nächsten Jahres weiter auf 4.400 reduzieren. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein.

Bundesminister Guido Westerwelle wird uns am Donnerstag in einer Regierungserklärung auch über die Ergebnisse der internationalen

Afghanistan-Konferenz unterrichten, die in der vergangenen Woche auf dem Petersberg bei Bonn stattfand.

Wie bereits vor zehn Jahren ist es gelungen, die wichtigsten Akteure aus Afghanistan an einen Tisch zu bringen und das internationale Engagement mit den Erwartungen und Zielen der Afghanen abzustimmen. Vom Petersberg ging die Botschaft aus, dass Afghanistan beim zivilen Aufbau auch über 2014 hinaus auf unsere Unterstützung zählen kann.

Unser Engagement ist mit klaren Erwartungen an unsere afghanischen Partner verbunden. Der interne Reformprozess in Afghanistan verläuft nach wie vor schleppend. Uns ist bewusst, dass der Aufbau staatlicher Strukturen keine einfache Aufgabe ist, aber wir erwarten hier Fortschritte, damit wir den begonnenen Weg der „Übergabe in Verantwortung“ weiter gehen können.

Für die Bewertung der Entwicklungen vor Ort ist der jährliche Fortschrittsbericht Afghanistan unerlässlich, den die Bundesregierung in dieser Woche zum zweiten Mal vorlegt. Es war die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die vor einem Jahr den Anstoß zu diesem Bericht gegeben hat.

Wir sind überzeugt, dass wir diese umfassende Lageanalyse auch für die geplante Reduzierung der Zahl unserer Soldaten benötigen. Denn es muss klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Unser militärisches Engagement können wir nur so weit reduzieren, wie die Afghanen die Lage in ihrem Land tatsächlich kontrollieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung bei dem Ziel, den Übergabeprozess erfolgreich umzusetzen.

Annette Widmann-Mauz MdB

Aus der Bundesregierung



Vertiefte Zusammenarbeit mit Tadschikistan – Widmann-Mauz unterzeichnet gemeinsame Erklärung mit tadschikischem Gesundheitsminister

In dieser Woche wurden mehrere bilaterale Vereinbarungen in den Bereichen Wirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Gesundheit zwischen der Republik Tadschikistan und der Bundesrepublik Deutschland getroffen.

Bei dem Treffen der tadschikischen Delegation, die vom Präsidenten, Emomali Rahmon, angeführt wurde, unterzeichnete Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB und der tadschikische Gesundheitsminister Nusratullo Salimov eine gemeinsame Erklärung für eine vertiefte Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen.

„Trotz seiner Bodenschätze gehört Tadschikistan zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Folgen des Bürgerkriegs und die Nähe zu Afghanistan gefährden zudem die Stabilität des Landes. Großer Nachholbedarf zeigt sich im schlecht entwickelten Gesundheitswesen. Die wenigen Ärzte sind oft ungenügend ausgebildet, eine flächendeckende medizinische Versorgung des gebirgigen Landes ist kaum gegeben und die Gesundheitsverwaltung arbeitet ineffizient. Deutschland bietet Tadschikistan deshalb seine partnerschaftliche Hilfe zum Aufbau eines modernen Gesundheitssystems an.“, erklärt Widmann-Mauz MdB.

Dringender Handlungs- und Unterstützungsbedarf besteht vor allem angesichts des verbreiteten Auftretens von „Kinderlähmung“ und Missbildungen bei Neugeborenen, der überdurchschnittlich hohen Mütter-Neugeborenen- und Kindersterblichkeit und vermehrter Tuberkuloseerkrankungen.

Widmann-Mauz MdB: „Für den Aufbau präventiver Versorgungsstrukturen, wie staatlich organisierter Impf- und Aufklärungskampagnen, das Schulen qualifizierten medizinischen Personals sowie die Einrichtung einer dauerhaften Kooperationspartnerschaft zwischen Deutschland und Tadschikistan hat die Bundesregierung allein 168,5 Mio. Euro in diesem Jahr zur Verfügung gestellt.“

Ein weiterer zentraler Gesprächspunkt waren Maßnahmen gegen den starken Drogenkonsum in Tadschikistan. „Die lange Grenze zu Afghanistan erleichtert sowohl den Handel als auch den Zugang zu

Drogen. Im Rahmen des „Central Asia Drug Action Programme“ der Europäischen Union unterstützt Deutschland deshalb die zentralasiatischen Staaten beim Kampf gegen die Drogenkriminalität sowie bei der Suchtaufklärung und Betreuung von Drogenkranken. In diesem Fall wird besonders deutlich, wie wichtig grenzüberschreitende Präventionspolitik ist.

Ein Erfolg gelingt nur, wenn alle betroffenen Länder an einem Strang ziehen“, erläutert Widmann-Mauz MdB.



Annette Widmann-Mauz und der tadschikische Gesundheitsminister Nusratullo Salimov bei der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung. Im Hintergrund: Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler und der tadschikische Präsident Emomali Rahmon (v.l.)

Annette Widmann-Mauz MdB

Daten und Fakten



Deutschland setzt auf Forschung.

Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2010 insgesamt 46,93 Mrd. Euro in interne Forschung und Entwicklung (FuE) investiert – 3,7% mehr als im Jahr 2009.

Damit blieb die Quote der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft als Anteil am Bruttoinlandsprodukt BIP praktisch auf dem Stand des Vorjahres bei 1,89%. Zusammen mit den staatlichen Aufwendungen beläuft sich die Quote auf geschätzt 2,82%.

Nach den neuesten Plandaten haben die Unternehmen im Jahr 2011 rund 49,34 Mrd. Euro für FuE aufgewendet, 2012 werden es voraussichtlich sogar 49,9 Mrd. Euro sein. Im europäischen Durchschnitt lag die FuE-Quote geschätzt nur bei 1,9%. Staaten wie Schweden, Finnland, Japan oder Korea aber liegen über der 3%-Marke, und China holt weiter kräftig auf. Von 1995 bis 2009 hat China den Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 0,57 auf 1,7% mehr als verdreifacht.

(Quelle: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft)



Dauer der Beschäftigungsverhältnisse konstant.

Rein statistisch betrachtet werden die Arbeitsplätze in Deutschland alle drei bis vier Jahre neu besetzt. Diese Fluktuationsrate von 25 bis 30% ist seit Jahrzehnten mehr oder weniger konstant und wird nur durch konjunkturelle Schwankungen leicht beeinflusst.

Gleichwohl gibt es Beschäftigtengruppen, die wechselfreudiger sind als andere: Jüngere, Hochqualifizierte oder Menschen ohne Migrationshintergrund weisen in der Regel eine höhere Mobilität auf als andere Personengruppen. Rechnerisch treten die 15- bis 24-Jährigen alle zwei Jahre eine neue Stelle an, während die Generation 50plus dies nur alle sechs Jahre tut. Auch Qualifizierte wechseln häufiger:

Bei Uni-Absolventen ist die Wechselwahrscheinlichkeit um fast ein Drittel höher als bei Arbeitnehmern mit abgeschlossener Berufsausbildung. Eine Ursache ist, dass sich für Hochqualifizierte der Antritt einer neuen Stelle oft auch finanziell mehr lohnt als für Bewerber, die einen Lehrabschluss in der Tasche haben.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

